

Öffentliche Publikation

Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom Montag, 11.06.2018

An der Delegiertenversammlung des Gemeindeverbandes KESB und SoBZ Regionen Hochdorf und Sursee vom 11. Juni 2018 waren 27 Delegierte (mit 103 Stimmen) anwesend und haben folgende Beschlüsse einstimmig gefasst:

- **Bericht der externen Kontrollstelle und der Controllingkommission**
 - Kenntnisnahme Bericht der externen Kontrollstelle
 - Kenntnisnahme Bericht der Controllingkommission
- **Jahresrechnung 2017**
 - Jahresrechnung 2017 wird einstimmig genehmigt
- **Jahresbericht 2017**
 - Jahresbericht 2017 wird einstimmig genehmigt
- **Entlastung der Verbandsleitung**
 - Entlastung der Verbandsverantwortlichen wird einstimmig beschlossen

Weiter wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- **Genehmigung Namens- und Statutenänderung**
 - Die Namensänderung und die damit zusammenhängende Statutenanpassung wurde mit 68 Ja-Stimmen zu 35 Nein-Stimmen abgelehnt.
- **Abstimmung Fortführung «Projekt Identität»**
 - Der Antrag wurde mit 52 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Das Projekt Identität wird fortgeführt und der Namensfindungsprozess nochmals aufgenommen.

Das Protokoll kann beim Gemeindeverband auf Voranmeldung eingesehen werden: Tel. 041 926 07 68. Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung können innert 10 Tagen seit Vorliegen der Publikation beim Regierungsrat mittels Gemeindebeschwerde nach §109 des Gemeindegesetzes angefochten werden.

29. Juni 2017

Gemeindeverband KESB und SoBZ Regionen Hochdorf und Sursee Die Verbandsleitung

§109 Gemeindebeschwerde

1 Sofern kein anderes Rechtsmittel gegeben ist, können die Beschlüsse der Gemeindeorgane und der Gemeindeverbände beim Regierungsrat und die Beschlüsse der Zweckverbände beim Kantonsgericht mit Gemeindebeschwerde angefochten werden.

2 Zur Einreichung der Gemeindebeschwerde gegen einen Beschluss ist befugt, wer ein schutzwürdiges Interesse an dessen Aufhebung oder Änderung hat.

3 Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage seit der angefochtenen Volksabstimmung oder seit Zustellung oder öffentlicher Bekanntgabe des angefochtenen Beschlusses.